

RHEINLAND-PFALZ

**Bedarfsplanung
kein Politikum mehr**

In Anbetracht der zunehmenden Zahl von Medizinstudenten und jungen Ärzten ist eine Bedarfsplanung für Kassenarztsitze künftig kaum noch als Politikum zu betrachten, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Koblenz, Sanitätsrat Dr. Josef Schmitz-Formes, vor der Vertreterversammlung der KV Koblenz. Die Kassenärztlichen Vereinigungen bekennen sich trotzdem dazu, im Zusammenwirken mit den Krankenkassen, den Gemeinden und anderen politischen Institutionen den Auftrag zur Gewährleistung einer gleichmäßigen und ausreichenden kassenärztlichen Versorgung zu erfüllen.

Dr. Schmitz-Formes appellierte an den Gesetzgeber, die gemeinsame Selbstverwaltung und die Vertragsfreiheit von Kassenärzten und Krankenkassen sowie den Sicherstellungsauftrag an die KVn zu erhalten. Der Vorsitzende der Vertreterversammlung, Dr. Franz Grochocki, warnte davor, daß die Gewerkschaften und Krankenkassen bei vertraglichen Vereinbarungen mit den Kassenärzten ein Übergewicht erhalten könnte, wenn die Ärzteschaft nicht wachsam bleibt. Die Mitglieder der Vertreterversammlung begrüßten einmütig die Bemühungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, einen Beitrag zur Kosteneindämmung zu leisten und den Kassen eine Kalkulierbarkeit der Ausgaben für ärztliche Leistungen zu ermöglichen. KV-Ko

NIEDERSACHSEN

**Pathologen
zu schlecht besoldet**

In einer Antwort auf die Frage eines Landtagsabgeordneten räumte Sozialminister Hermann Schnipkowit ein, daß am Staatlichen Patho-

logischen Institut Oldenburg wegen Personalmangels schwierige Verhältnisse herrschen. In der Anfrage war behauptet worden, daß Obduktionen zum Teil in 60 und mehr Kilometer entfernten Krankenhäusern durchgeführt werden müssen. Von drei Arztstellen in Oldenburg ist zur Zeit nur eine besetzt, von den drei MTA-Stellen ist eine vakant. Nach Angaben des Ministers wäre es selbst dann fraglich, wenn für die beiden weiteren Ärzte ebenfalls eine Besoldung nach A 15 gezahlt werden könnte, ob Pathologen gewonnen werden könnten. Die Landesregierung werde sich um eine bessere Einstufung der Ärzte für Oldenburg bemühen, jedoch setze hier die Kompetenz des Bundes für die Beamtenbesoldung Grenzen.

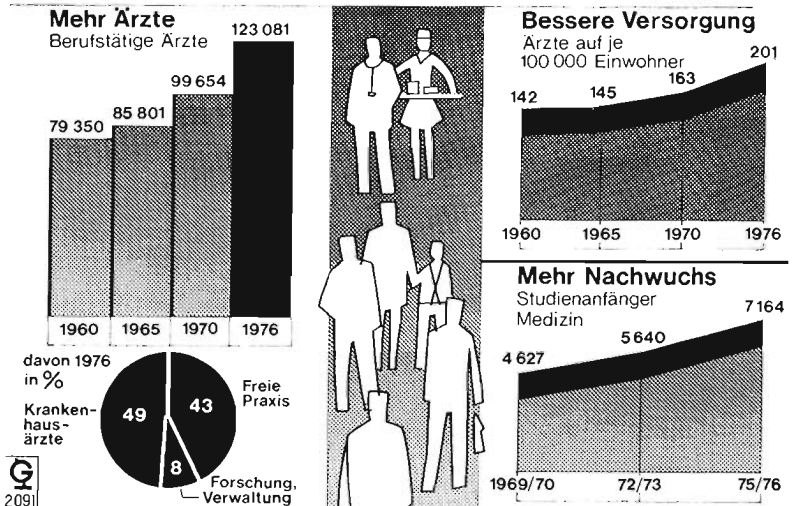
Die Bundesregierung habe bisher alle Vorschläge zur Verbesserung der Besoldung der Ärzte im öffentlichen Dienst abgelehnt. gb

HESSEN

115 Dialyseplätze

Mit 115 Plätzen in 12 Dialysezentren ist nach Ansicht des hessischen Sozialministers Dr. Horst Schmidt der gegenwärtige Bedarf des Landes bis auf vorübergehende regionale Engpässe gedeckt. Zur Zeit stehen 91 Plätze für die klinische Betreuung und 24 Trainingsplätze für die Heimdialyse zur Verfügung. Da jedoch mit einem ständig wachsenden Bedarf an Behandlungsplätzen gerechnet werden müsse, ist der Ausbau weiterer 58 Plätze geplant. Für die Beschaffung, Wartung und Instandsetzung von Heimdialysegeräten, denen Minister Schmidt „eine nicht unbeachtliche Kostensenkung“ zuschreibt, sind im laufenden Haushaltsjahr 1,5 Millionen DM vorgesehen: 1975 waren es 1,25 Millionen DM. WZ

Die ärztliche Versorgung



Die ärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten 16 Jahren wesentlich verbessert. Waren 1960 in Krankenhäusern, freier Praxis, Forschung und Verwaltung noch 79 350 Ärzte berufstätig, so gab es einer Statistik der Bundesärztekammer zufolge zu Beginn des Jahres 1976 bereits 123 081 berufstätige Ärzte. Dies bedeutet: Die Arztdichte stieg von 142 Ärzten je 100 000 Einwohner im Jahr 1960 auf 201 im Jahre 1976. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Studienanfänger im Fach Medizin von 4627 auf 7164

Globus/DÄ